

Medienspiegel Woche 24_18



Inhalt

Veranstaltungen	1
Kantonsratsdebatte, 12.6.2018 <u>Votum von Kantonsrat Bruno Dudli zur die IT-Bildungsoffensive</u>	2
Tagblatt, 12.6.2018 <u>St.Galler Kantonsrat gibt grünes Licht für IT-Offensive</u>	3
Gesellschaft für Bildung und Wissen, 23.05.18 <u>Datenschutz statt smarte Schulen</u>	4
Tagblatt, 7.6.2018 <u>Macron-Partei will per Gesetz umfassendes Handyverbot in Schulen</u>	6
Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften SATW, 8. März 2018 <u>Das Schweizer MINT-Potenzial</u>	7
Sächsische Zeitung, 09.05.2018 <u>Wie diskutieren Sie im Klassenzimmer, Frau Skomski?</u>	7
Wiler Nachrichten, 7. Juni 2018 <u>Unausgereifte Schulentwicklung</u>	8
Blick am Abend, 10.06.2018 <u>Zu wenige Lehrer für die Schwächsten</u>	8
srf, 05.06.2018 <u>Gesucht: Kindergärtner/in!</u>	10
FAZ, 14.06.201 <u>Zurück zur Förderschule?</u>	10
Starke Schule beider Basel, 10.6.2018 <u>Die Exzesse des Lehrplans 21 werden ausgemerzt</u>	11
TalkTäglich, 14.6.18 <u>Wie lernen Kinder am besten?</u>	12

Veranstaltungen

Eltern für eine gute Volksschule

Einladung zum Vortrag von Dr. Carl Bossard

**Von der Energie menschlicher Beziehung –
im Zeitalter der Digitalisierung**



Samstag, 23. Juni 2018

14.00 – 17.00 Uhr

Begegnungsraum Oberwiesen der
Evangelischen Kirchgemeinde
Häberlinstrasse 50,
8500 Frauenfeld

Pause mit Kaffee und Kuchen
Ausführliche Diskussion

[Flyer](#)

**Plenum digitale - Vacuum mentale?
2. Frankfurter (In-)Kompetenzkonferenz
zur Digitalisierung**



Öffentliche Tagung

6. Oktober 2018

Universität Frankfurt

**Universitätsklinikum, Audimax
Haus 20, Theodor-Stern-Kai 7
60590 Frankfurt**

[Einladung](#)

Kantonsratsdebatte, 12.6.2018

Votum von Kantonsrat Bruno Dudli zur die IT-Bildungsoffensive

Die Digitalisierung der Bildung ist zurzeit das grosse Thema, wenn es um die «Schule von morgen» geht; die Zukunft der Schule sei digital, Lernen beginne dort, wo Lehren aufhöre. Gegen den Einsatz digitaler Medien in unseren Schulen ist im Grunde nichts einzuwenden. Aber sie dürfen nicht zum Selbstzweck werden, sondern haben als Hilfsmittel vielmehr unterrichtspraktischen und pädagogischen Zielsetzungen zu dienen. Lernen in der Schule geschieht in einer Wechselbeziehung zwischen Lehrern und Schülern. Die Digitalisierung der Bildung weist aber in eine ganz andere Richtung: Die Lehrkräfte werden durch Computerprogramme und das Internet ersetzt, werden zu Coachs herabgestuft, die den Schülern bei der Handhabung der Computer bestenfalls noch Hilfestellung leisten dürfen. Das ist billiger und vor allem für die auf Profit ausgerichteten IT-Konzerne einträglicher. Die Frage ist nur, ob sich die künftigen Lehrerinnen und Lehrer mit der Rolle des reinen Lernbegleiters begnügen wollen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass vor allem junge Männer den Lehrerberuf zunehmend meiden. Offenbar hat sich das Bild der Lehrerpersönlichkeit bei der jungen Generation stark gewandelt. Die Vorstellung, als Lehrerin oder Lehrer für eine Klasse voll verantwortlich zu sein, wird abgelöst vom Bild des Mannschaftsspielers, der im Team mit andern Lehrkräften die Schüler durch individuelle Lernprogramme hetzt, «damit sie die gewünschten standardisierten Tests bestehen, die anstelle der Lehrpersonen die promoti-onswirksame Beurteilung übernehmen», wie Jürg Brühlmann vom Lehrer-Dachverband schreibt. Das kommt einer schleichenden Entmündigung der Lehrkräfte gleich. Und das Ergebnis: Der Lehrermangel, der heute schon akut ist, wird sich noch zuspitzen.

Keine Frage: IT-Techniken und ihre Handhabung sollen im Schulunterricht thematisiert werden. Das Problem beginnt dort, wo dies völlig unreflektiert, kritiklos geschieht, wo der digitale Unterricht zu einem industriellen Betrieb verkommt, in dem die Interaktion zwischen Lehrern und Schülern nicht mehr spielt.

Halten wir uns eines vor Augen: Wie gut die Schule funktioniert, hängt auch in Zukunft von tüchtigen Lehrerinnen und Lehrern ab – und nicht vom Computer.

In diesem Sinne möchte ich anregen, die IT-Bildungsoffensive – so sie denn auch das obligatorische Finanzreferendum übersteht – insbesondere im Bereich der Primarschulen besonnen anzugehen.

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/sessionen.geschaeftdetail.html?geschaeftid=49BAFE6C-AE19-4C88-84B9-AB131061A4AA&ziel=1>

Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für die IT-Bildungsoffensive

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/sessionen.geschaeftdetail.html?geschaeftid=49BAFE6C-AE19-4C88-84B9-AB131061A4AA&ziel=1>

Tagblatt, 12.6.2018

St.Galler Kantonsrat gibt grünes Licht für IT-Offensive

Das St.Galler Kantonsparlament hat 75 Millionen Franken für die IT-Bildungsoffensive bewilligt. Grundsätzlichen Widerstand gab es nicht, warnende Stimmen jedoch schon: So fordert die SVP, dass überprüft wird, ob die geplanten Forschungsprojekte auch tatsächlich eine Wirkung im Schulzimmer haben.

Adrian Vögele



*Die IT-Offensive kommt voraussichtlich im Februar 2019 vors Volk.
(Bild: KEYSTONE/Gaetan Bally)*

Die St. Galler Informatik-Bildungsoffensive hat die nächste Hürde genommen: Das Kantonsparlament bewilligte gestern einen Kredit von 75 Millionen Franken für das Vorhaben, das sämtliche Bildungsstufen von der Primarschule bis zur Universität umfasst. Opposition gab es im Rat keine. Zufrieden zeigten sich die Fraktionen besonders damit, dass die Offensive nun auch einen Schwerpunkt auf die Berufsbildung legt. Die Regierung hatte diesen Bereich nach Kritik in der Vernehmlassung noch ausgebaut. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung gab es auch warnende Stimmen im Rat. Isabel Schorer (FDP) sagte, es müsse geklärt werden, wer langfristig für die Kosten aufkomme. Sandro Wasserfallen (SVP) sagte, es sei fraglich, ob die Investitionen in die Forschung - etwa an der Pädagogischen Hochschule - tatsächlich einen Mehrwert für die Schulen schaffen würden. Das gelte es zu überprüfen. "Zudem dürfen wir die Kinder nicht schon im Kindergarten und in der Primarschule mit Bildschirmarbeit überlasten.»

Bildungschef Stefan Kölliker wies darauf hin, dass bei den Schülern nicht nur Computerkenntnisse, sondern auch «Soft Skills» wie etwa Teamfähigkeit verstärkt gefördert werden. Mit der IT-Offensive nehme der Kanton St.Gallen schweizweit eine Pionierrolle ein. "Wir machen damit den Schritt aus der Defensive in die Offensive." Die Massnahmen sollen den Fachkräftemangel entschärfen und dem Wirtschaftsstandort St.Gallen Auftrieb geben. Der Rat behandelt das Geschäft im Herbst in zweiter Lesung. Die Volksabstimmung ist für Februar 2019 geplant.

<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgaller-kantonsrat-gibt-gruenes-licht-fuer-it-offensive-ld.1028585>

Datenschutz statt smarte Schulen

[Lankau, Ralf](#)

Am 25. Mai 2018 tritt die Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) nach zweijähriger Übergangsfrist in Kraft. Die Verordnung reagiert auf Geschäftsmodelle großer Internetkonzerne – dem Sammeln und Auswerten von immer mehr Daten von möglichst allen Personen, am besten schon von Kindern. Durch immer genauere Persönlichkeits- und Verhaltensprofile lassen sich Menschen in ihrem Verhalten beeinflussen. Das ist erklärtes Ziel der Daten-Ökonomie (Dataismus) – und eine ernste Gefahr für die Selbstbestimmung von Menschen und demokratische Gesellschaften. Welche Bedeutung die EU dem Datenschutz ihrer Bürger als zentrales Rechtsgut zuschreibt, wird durch die möglichen Sanktionen deutlich. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen bis zu 20 Millionen Euro oder 4% des weltweiten Jahresumsatzes eines Unternehmens.

Die wichtigsten Ziele der Verordnung sind der grundsätzliche Schutz personenbezogener Daten und das Stärken der Nutzerrechte gegenüber Datensammlern jeglicher Couleur. Ein besonderer Schutz gilt für Daten von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren. Internetdienste dürfen solche Daten zukünftig nur noch speichern, wenn die Eltern vorher zustimmen. Auch Bildungseinrichtungen müssen das Einverständnis der Eltern einholen, bevor sie mit Netzdiensten arbeiten dürfen. Sie sind zugleich für Daten verantwortlich, die durch den Einsatz von netzfähigen Geräten und Diensten im Unterricht entstehen.

Konsequenzen für Schulen

Die logische Konsequenz: Schulen sollten vom Netz gehen und offline arbeiten, bis die datenschutzrechtlichen Fragen der EU-DSGVO juristisch geklärt sind. Die zweite: Wir müssen lernen, wieder relevante Fragen zu stellen. Statt: Was kann man mit neuen Geräten im Unterricht alles machen? Besser: Was sollen Schülerinnen und Schüler am Rechner lernen? Wieso und bei welchen Aktionen entstehen personenbezogene Daten? Wieso werden diese gespeichert, wo, von wem und wie lange? Vor allem: Für was? Seit wann ist es Aufgabe von Bildungseinrichtungen, immer kleinteiligere, datenbasierte Lernprofile von Schülerinnen und Schülern zu erstellen? Zu wessen Nutzen? Schulen sind soziale Schutzräume, keine Datensammelstellen für IT-Anbieter.

Dazu kommt: Als Arbeitsgeräte für den Unterricht sind Tablets und Smartphones eher ungeeignet. „Unterhaltungselektronik für Erwachsene“ nannte Apple-Gründer Steve Jobs diese von ihm konzipierten Geräte. Wer Rechner als Werkzeug in Schulen etablieren möchte, setzt aus pädagogischen Gründen Desktoprechner oder Laptops ein und trennt so Medienkonsum und private Kommunikation von inhaltlicher Arbeit. Diese Rechner werden von der Schule gestellt und sind offline. Hier installiert man benötigte Programme (Open Source) und richtet ein schulinternes Intranet ein. Dann können sich Schüler und Lehrkräfte lokal vernetzen, ohne Daten in die Cloud zu verlieren.

Private Geräte – Stichwort BYOD (Bring Your Own Device; in der Praxis: Begin Your Online Disaster) sind an Schulen kontraproduktiv. Sie untergraben die Aufmerksamkeit und lenken ab, selbst ausgeschaltet im Ranzen. Auf Daten, Adressen und Dienste privater Smartphones haben Lehrkräfte keinen Zugriff. Dafür geben zwei Drittel aller Apps Nutzerdaten an Dritte weiter. Frankreich untersagt deshalb private Geräte ab September 2018 an Schulen ganz.

Sind Netzrecherchen didaktisch notwendig, richtet man dafür spezielle Schulrechner mit Netzzugang ein und entwickelt als Teil des Unterrichts Online-Recherchestrategien, diskutiert die Relevanz von Quellen, thematisiert Filterblasen, Fake News etc. Nur für Unterrichtszwecke relevante Webseiten sind dabei von Schulrechnern aus erreichbar (White List). Über solche Filter und verschlüsselte Datenleitungen kann man sich mit anderen Schulen verbinden.

IT neu denken

Umdenken heißt das, auf allen Ebenen. Die Prämissen sind: Achtsamkeit gegenüber Datensammeln, Transparenz der Nutzerdaten und Datensparsamkeit. Selbst Lehrkräfte brauchen während des Unterrichts keinen Netzzugang, wenn sie ihre Stunden vorbereiten und benötigtes Material vorher aus dem Netz laden.

Seit 1984 wurde jede neue Gerätegeneration – vom PC über Laptop bis Smartphone und heute Tablets für Schulen gefordert. Morgen sind es Virtual Reality-Brillen, übermorgen etwas Neues. Dabei entscheidet nicht Medientechnik über das Gelingen von Unterricht und Lernprozesse. Entscheidend sind qualifizierte Lehrkräfte und das soziale Miteinander. Statt Schulen zu Datenspendern für IT-Monopole zu machen und Lernende dafür an Lernstationen sozial zu vereinzeln, sollten Medien und deren Nutzen im Präsenzunterricht und für Selbstlernphasen im Mittelpunkt stehen, ohne dass Datenprofile entstehen.

Der Mensch als Datensatz ist das Ziel der Dataisten. Schulen sollten pädagogische und fachliche Ziele haben.

[Als PDF speichern](#)

<https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/datenschutz-statt-smarte-schulen.html>

Kommentar

Lutz Wittenberg 4. Juni 2018

"Internetdienste dürfen solche Daten zukünftig nur noch speichern, wenn die Eltern vorher zustimmen. Auch Bildungseinrichtungen müssen das Einverständnis der Eltern einholen, bevor sie mit Netzdiensten arbeiten dürfen. Sie sind zugleich für Daten verantwortlich, die durch den Einsatz von netzfähigen Geräten und Diensten im Unterricht entstehen.", schreibt Prof. Dr. Ralf Lankau für Deutschland. Und was gilt in der Schweiz? Bzw. was sollte gelten?

<https://www.facebook.com/groups/911217315583338/>

Tagblatt, 7.6.2018

Macron-Partei will per Gesetz umfassendes Handyverbot in Schulen

Frankreichs Präsidentenpartei will den Smartphones auf Pausenhöfen ein Ende setzen. Die französische Nationalversammlung beriet am Donnerstag ein erweitertes Handyverbot in Schulen.

(sda/dpa)

Die Gesetzesinitiative sieht vor, Schülerinnen und Schülern die Nutzung von Mobiltelefonen in allen Vor- und Grundschulen sowie in der Sekundarstufe I grundsätzlich zu untersagen.

Bildungsminister Jean-Michel Blanquer sprach von einem Signal an die Gesellschaft und warnte vor "schlechten Nutzungsformen" wie Cybermobbing und "Bildschirm-Abhängigkeit". Oppositionspolitiker halten den Vorstoss für überflüssig und eine "reine PR-Aktion", weil die Handynutzung im Unterricht bereits verboten ist.

Das Thema war ursprünglich eine Wahlkampforderung des späteren Präsidenten Emmanuel Macron. Seine Partei La République En Marche brachte es nun ins Parlament. Falls die Nationalversammlung zustimmt, muss als nächstes der Senat darüber beraten.

Die federführende Abgeordnete Cathy Racon-Bouzon sagte, die starke Verbreitung von Smartphones bei Schülern sei nicht folgenlos, "insbesondere wegen ihrer Auswirkung auf die Aufmerksamkeits- und Konzentrationsfähigkeit".

Im Prinzip verboten

Minister Blanquer wies darauf hin, dass Smartphones den Zugriff auf gewaltsame und pornografische Bilder erleichterten. Ausserdem schade die Handynutzung in der Pause dem Schulklima und verschlechtere die Beziehungen zwischen den Schülern.

Schon jetzt dürfen französische Schüler ihre Handys während des Unterrichts nicht benutzen, und Schulen können in ihrer Hausordnung auch ein weitergehendes Verbot festlegen.

Künftig soll es umgekehrt sein: Die Handynutzung ist grundsätzlich in der ganzen Schule tabu, die Hausordnung kann aber Ausnahmen gestatten. Zudem ist eine Ausnahme für pädagogische Zwecke geplant - damit könnten Lehrer Smartphones oder Tablets im Unterricht einsetzen.

Frédérique Rolet von der Lehrgewerkschaft SNES-FSU erwartet von dem Gesetz keine grosse Veränderung. "Das ist eher eine symbolische Massnahme", sagte sie dem Sender RMC. Kritiker sehen auch Probleme bei der Umsetzung - so ist etwa umstritten, ob Lehrer Schülern ihre Handys wegnehmen dürfen.

<https://www.tagblatt.ch/newsticker/international/macron-partei-will-per-gesetz-umfassendes-handyverbot-in-schulen-ld.1027111>

Das Schweizer MINT-Potenzial

Esther Kaufmann und Werner W. Wittmann |



Das MINT-Potenzial von Schweizer Jugendlichen wird gemäss einer Studie unterschätzt – insbesondere bei den Mädchen.

Bislang gab es keine Studie, welche das Potenzial in MINT, d.h. die Fähigkeit, sich in MINT-Berufen zu engagieren, von Schweizer Schülerinnen und Schülern am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit bewertet.

In der aktuellen Studie verwenden Esther Kaufmann von der Universität Zürich und Werner Wittmann der Universität Mannheim den Anteil der leistungsstarken SchülerInnen mit einem mathematischen Fähigkeitsprofil als Indikator für das MINT-Potenzial. Basierend auf den Daten des Programms für International Student Assessment bewerten sie das MINT-Potenzial der Schweizer Jugendlichen im nationalen und kantonalen Vergleich zu den SchülerInnen in anderen Ländern.

Die Analyse zeigt, dass Schweizer SchülerInnen, insbesondere die jungen Frauen, im Vergleich zu anderen Ländern ein hohes MINT-Potenzial aufweisen. Trotz regionaler Unterschiede im obligatorischen Bildungssystem war das MINT-Potenzial in allen Kantonen der Schweiz hoch. Basierend auf diesen Ergebnissen kommen die Autoren zum Schluss, dass nationale Faktoren – und nicht regionale – hauptsächlich für das hohe MINT-Potenzial der Schweizer SchülerInnen verantwortlich sind.

[Esther Kaufmann und Werner W. Wittmann: «Underestimated Swiss STEM potential? Bright light on an international PISA comparison» 8. März 2018](#)

<https://www.satw.ch/technik-bildung/detail/publication/das-schweizer-mint-potenzial/>

Mehr dazu:

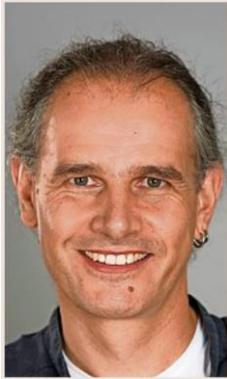
Sächsische Zeitung, 09.05.2018

Wie diskutieren Sie im Klassenzimmer, Frau Skomski?

Eine Mathematiklehrerin aus Dresden erzählt, warum sie ihren Schülern das logische Denken beibringt – aber auch das Zuhören und Mitreden.

<https://www.sz-online.de/nachrichten/kultur/wie-diskutieren-sie-im-klassenzimmer-frau-skomski-3932684.html>

Unausgereifte Schulentwicklung



Michael Fischer (Grüne prowil), Mitglied im Wiler Stadtparlament Archiv

Nach den Sommerferien kommt es an den Wiler Schulen zu einer einschneidenden Umsetzung des neuen Förderkonzeptes: Als erster Schritt wird ein Einschulungsjahr geschlossen. Damit verschwindet ein Angebot für Kinder, die aus verschiedenen Gründen noch nicht bereit waren für die 1. Klasse.

Selbstverständlich ist es legitim und sinnvoll, bestehende Strukturen und Angebote von Zeit zu Zeit zu überprüfen und bei Bedarf neue Konzepte zu kreieren und umzusetzen. Damit haben andere Schulgemeinden schon vor Jahren begonnen. Es sind sogenannte integrative Modelle entstanden, die mehr oder weniger erfolgreich umgesetzt wurden.

Neueste Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, dass an solchen Schulen doch erhebliche Defizite bei Leistungstests sichtbar werden. Als Folge dieser und anderer negativen Entwicklungen kommen Schulgemeinden vermehrt auf ihre Entscheidungen zurück und eröffnen wieder Kleinklassen.

Und in Wil? Was folgt auf das Einschulungsjahr? Was passiert mit den Kindern, für die der Schritt in die erste Klasse zu gross ist? Pikanterweise greift man hier auf pädagogisch umstrittene Massnahmen zurück notabene solche, die auch von Mitgliedern der Wiler Schulführung während Jahren als sehr ungeeignet kritisiert wurden:

- Die betroffenen Kinder werden ein Jahr länger im Kindergarten behalten.
- Es erfolgt eine Repetition in der 1. oder 2. Klasse.

Abgesehen von einer geringen Aufstockung der Anzahl SHP-Lektionen (schulischer Heilpädagogik) wahrlich eine ziemlich einfache «Lösung» in der immer anspruchsvoller werdenden Eingangsstufe. Es ist zu hoffen, dass die anderen Wiler Schuleinheiten das noch verbleibende Jahr bis zur geplanten Schliessung aller Einführungsklassen im Sommer 2019 für echte Verbesserungen und innovative Konzepte nutzen werden.

http://wn.zehnder.ch/eweb/media/wn/2018/06/07/pdf/07_06_2018_wn_5_85e5e0842d.pdf

Blick am Abend, 10.06.2018

In der Schweiz fehlt es an Heilpädagogen

Zu wenige Lehrer für die Schwächsten

In der Schweiz fehlt es an schulischen Heilpädagogen. Besserung ist nicht in Sicht, denn viele Schulen haben sich mit dem Missstand arrangiert.

Seit einigen Jahren verfolgen die Schulen in der Schweiz einen integrativen Bildungsansatz. Das heisst: Auch leistungsschwache und behinderte Schüler werden – wenn möglich – in den regulären Unterricht integriert.

Damit dieses System erfolgreich sein kann, benötigen die Klassenlehrpersonen personelle Unterstützung durch Heilpädagogen. Diese sollen sich um die Schwächsten im Klassenzimmer kümmern (siehe Box unten).

Doch seit es die integrative Schule gibt, fehlt es an Heilpädagogen. Im neuen Schuljahr, das in rund zwei Monaten beginnt, wird es nicht anders sein, schlimmer noch: Gemäss einer Umfrage, die der Dachverband der Deutschschweizer Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLCH) im Mai durchgeführt hat, suchen zwei von drei Schulen mindestens einen Heilpädagogen. 81 Prozent der Suchenden bekundeten Mühe, die Stellen zu besetzen. Ein Teil davon bezeichnete das Unterfangen gar als «hoffnungslos».

Das Problem betrifft die ganze Schweiz – grosse Kantone und kleine, die Deutschschweiz ebenso wie die Romandie und das Tessin. Besonders prekär ist die Situation im Kanton Zürich. Von den rund 400 Jobs, die zurzeit im Kindergarten, auf Primar- und Sekundarstufe ausgeschrieben sind, sollen rund 150 mit Heilpädagogen besetzt werden. Für all diese Stellen entsprechend ausgebildete Leute zu finden, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Zürich handelt

Brigitte Mühleemann, Abteilungsleiterin Pädagogisches beim Zürcher Volksschulamt, hat deshalb folgende Devise herausgegeben: «Offene Stellen im Bereich der schulischen Heilpädagogik, die nicht durch ausgebildete Heilpädagogen besetzt werden können, sollen durch Lehrpersonen mit einem Regelklassenlehrdiplom besetzt werden.»

Das wird schon heute oft gemacht. Gemäss Zahlen der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik, die von 13 Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein getragen wird, verfügen nur etwa 50 bis 60 Prozent der Lehrpersonen, die in der Volksschule als schulische Heilpädagogen arbeiten, über eine entsprechende Ausbildung.

*Bernard Gertsch, Präsident des Deutschschweizer Schulleiterverbandes:
«Heilpädagogen haben immer weniger Zeit.» Schulen Egnach*

Laut Bernard Gertsch, Präsident des Deutschschweizer Schulleiterverbandes, habe dies nicht nur für die Kinder negative Folgen: «Die ausgebildeten schulischen Heilpädagogen haben dadurch immer weniger Zeit, um direkt mit den bedürftigen Kindern zu arbeiten.»

Sie seien stattdessen vor allem damit beschäftigt zu entscheiden, welche Kinder zusätzliche Unterstützung benötigen, und mit der Erstellung von entsprechend angepassten Lehrplänen. «Dies kann sehr demotivierend sein für die schulischen Heilpädagogen, da es nicht ihrem ursprünglichen Berufsziel entspricht.»

Dafür, dass sie die zusätzliche Ausbildung auf sich genommen haben, fehle dann jede Belohnung.

Besserung muss warten

Eine schnelle Besserung der Situation hält Schulleiterpräsident Gertsch für unrealistisch: «Wenn eine Stelle ein, zwei Jahre ausgeschrieben ist und nicht mit einer passenden Lehrperson besetzt werden kann, arrangieren sich die Schulen irgendwie damit. Im schlimmsten Fall wird die Stelle sogar ganz gestrichen, insbesondere dann, wenn gespart werden muss.»

Das will Bernard Gertsch verhindern. Er fordert deshalb, dass ausbildungswillige und geeignete Lehrpersonen vom Kanton oder den Schulgemeinden bei ihrem Vorhaben stärker unterstützt werden. «Die Anstellungsinstanzen sollten die Studiengebühren übernehmen und für die Zeit nach der Ausbildung eine Arbeitsplatzzusicherung abgeben.»

Was tut ein Heilpädagoge?

Schulische Heilpädagogen sind wichtig für den Erfolg der integrativen Schule. Sie kümmern sich um Kinder, bei denen ein Bildungs- und Förderbedarf besteht, also solche mit Behinderung, mit Schwierigkeiten beim Lernen oder im Verhalten. Gelegentlich werden auch Hochbegabte von Heilpädagogen betreut. Für normale Lehrpersonen ist eine professionelle Unterstützung durch Heilpädagogen wichtig. Fehlt sie, müssen sie zu viel Zeit für einzelne Kinder aufwenden – und so den Rest vernachlässigen.

Die Anzahl der Studierenden an der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich hat sich in den vergangenen Jahren nur unwesentlich verändert. Rektorin Barbara Fäh sagt dazu: «Wir könnten mehr Fachpersonen ausbilden. Die Kantone müssten diese Plätze jedoch zusätzlich finanzieren.»

Kommentar

[Hanspeter Amstutz](#)

Wenn Heilpädagoginnen an zehn Klassen im Einsatz sein müssen, gleicht dies einer Pflasterli-Übung. Sie sollten sich an wenigen Klassen auf einige Schüler konzentrieren können, die wirklich schulischen oder erzieherischen Förderbedarf haben. Die leichteren "Fälle" sollten von den Klassenlehrern betreut werden. Diese brauchen aber stundenmässig dafür eine Entlastung. Reduzieren liesse sich der Bedarf an zusätzlichen Förderstunden durch eine Konzentration des Lernens auf wesentliche Bildungsinhalte und durch eine klare Trennung des Basisstoffes von zusätzlichen Angeboten. Die Entwicklung geht leider in eine andere Richtung: Der neue Lehrplan verspricht alles und es wird wenig gefragt, wieweit sich diese vielen Zielsetzungen ohne Schaden bei schwächeren Schülern umsetzen lassen.

<https://www.blickamabend.ch/news/wer-nicht-nachkommt-hat-pech-gehabt-zu-wenige-lehrer-fuer-die-schwaechsten-id8477322.html>

Mehr dazu:

FAZ, 14.06.201

Inklusion in der Kritik**Zurück zur Förderschule?**

Von Heike Schmoll

Immer neue Brandbriefe von Lehrern beklagen die gescheiterte Inklusion an Schulen. Kritiker halten das System für gescheitert, Befürworter rüsten auf.

http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/inklusion-in-der-kritik-zurueck-zur-foederschule-15638151.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0

srf, 05.06.2018

Gesucht: Kindergärtner/in!**Mit sechs Schachzügen gegen den Mangel im Kanton Zürich**

https://m.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/gesucht-kindergaertner-in-mit-sechs-schachzuegen-gegen-den-mangel-im-kanton-zuerich?ns_source=srf_app

Speziell interessant sind die Kommentare...

Die Exzesse des Lehrplans 21 werden ausgemerzt

84% Ja zu klaren Stoffinhalten und Themen

Die Starke Schule freut sich über das wuchtige Ja zu Jahreszielen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen, die differenziert auf die Leistungsprofile A, E und P ausgerichtet sind. Dieses Ergebnis ist auch ein deutliches Nein zum rein kompetenzorientierten Lehrplan 21 mit seiner utopischen Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen. Die Starke Schule nimmt positiv zur Kenntnis, dass mit der im Oktober 2016 eingereichten Initiative „Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen“, die zugunsten des ausgewogenen und weitergehenden Ge- genvorschlags zurückgezogen werden konnte, die Exzesse des Lehrplans 21 nun definitiv ausgemerzt werden. Damit wird es dem Bildungsrat verunmöglicht, den neuen Lehrplan Volksschule Baselland nach der dreijährigen Evaluationsphase durch den rein kompetenzorientierten Lehrplan 21 zu ersetzen.

59% Nein zur Vorlage „Ersatz Bildungsrat durch Beirat Bildung“

Die Starke Schule hätte sich ein anderes Ergebnis gewünscht, nicht ganz ohne Eigennutz: In den vergangenen Jahren leistete sich der Bildungsrat verschiedene fragwürdige Fehlentscheide (z.B. Sammelfächer, Studentafel, Lehrplan 21), welche mühsam durch parlamentarische Gesetzesvorstösse und Volksinitiativen korrigiert werden mussten. Das Sammeln von 1'500 Unterschriften ist zeitaufwändig und kostspielig. Wir sind überzeugt, mit einem fachlich kompetenten Beirat Bildung, der seine Empfehlungen und Analysen fundiert hätte begründen müssen und so die Bildungsdirektion sachkundig beraten hätte, wäre das Risiko von weiteren Volksinitiativen im Bildungsbereich künftig weitaus geringer geworden. Die Starke Schule befürwortet die Bestrebungen, den Wahlmodus des Bildungsrat zu ändern, um diesen künftig gezielter durch fachlich kompetente Bildungsexpertinnen und -experten zu besetzen.

68% Nein zur Initiative „Eine Fremdsprache genügt“

Die Starke Schule akzeptiert das eindeutige Nein der Stimmberechtigten zur Initiative „Eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt“. Nun gilt es ein neues Fremdsprachenkonzept einzuführen, welches einen für alle Primarschulkinder motivierenden Unterricht in den beiden Fremdsprachen Französisch und Englisch ermöglicht. Der Landrat hat mit seinem Ja zum Ausstieg aus der Mehrsprachigkeitsdidaktik und den darauf basierenden Passepartout-Lehrmitteln Mille feuilles, Clin d'oeil und New World einen richtungsweisenden Entscheid gefällt. Diesen gilt es nun rasch umzusetzen und spätestens ab dem Schuljahr 2020/21 neue Leitlehrmittel für die beiden Fremdsprachen einzuführen. Die von Bildungsdirektorin Monica Gschwind gebildete Task Force, in welcher die Starke Schule mitarbeitet, hat entsprechende Umsetzungsentscheide bereits gefällt. Die Starke Schule ist überzeugt, mit einem neuen, aufbauenden Fremdsprachenkonzept nach international anerkannter Pädagogik, welche die Schüler/-innen von einfachen zu schwierigeren Anforderungen führt, können zwei Fremdsprachen an der Primarschule ohne negative Folgen unterrichtet werden.

<http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Home.aspx>

TalkTaglich, 14.6.18

Wie lernen Kinder am besten?

 TalkTaglich - Wie lernen Kinder am besten?



Der Lehrplan 21 möchte das selbstorganisierte Lernen der Schüler fördern, aber laut Allan Guggenbühl überfordern die Reformen die Kinder zunehmend.

Der Lehrplan 21 möchte das selbstorganisierte Lernen der Schüler fördern. Laut dem Jugendpsychologen Allan Guggenbühl überfordern die Reformen die Kinder zunehmend, die Lehrperson soll wieder mehr ins Zentrum rücken. Wie sollen die Kinder zukünftig lernen? Die kontroverse Diskussion heute live im «TalkTaglich».

Moderation: Hugo Bigi

<https://www.telezueri.ch/86-show-talktaeglich/24935-episode-wie-lernen-kinder-am-besten>